

Volks-Zeitung

1918 Nr. 130

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 277

Verlagspreis: Für Halle und Umkreis monatlich 2.25, für den übrigen Teil des Landes 2.75, mit dem Post-Fuß monatlich 2.10, für den Ausland 4.00, einschließlich der postal. Beförderungsgebühren. Die halbjährliche Summe erscheint monatlich. **Redaktion:** „Volks-Zeitung“
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft: 6162 Hermann-Sammelnummer 7801
Nachdruckverbot: Schriftleitung 5610, Verlagsamt 5608 u. 5609.
: : : **Verantwortlicher:** Dr. Hans Simon, Halle-Zaale. : : :

Dienstag, 12. März
Morgen-Ausgabe

Verlagspreis: Für Halle und Umkreis folgt die 40 am besten bekannten 26 Sp. **Abonnementpreise:** Die 10 % halbjährliche Monatsbeiträge 2000, für den übrigen Teil des Landes nach dem Post-Fuß. **Abonnementpreise:** Die 10 % halbjährliche Monatsbeiträge 2000, für den übrigen Teil des Landes nach dem Post-Fuß. **Abonnementpreise:** Die 10 % halbjährliche Monatsbeiträge 2000, für den übrigen Teil des Landes nach dem Post-Fuß.
Eigene Geschäftsstelle: in Berlin und Berliner Schillingstraße 30 - **Verantwortlich:** Frau Gertrude 31, 2624
: : : **Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Zaale.** : : :

Der Bergeltungsangriff auf die Stadt Paris

Der jüngste Bombenangriff auf Paris

Paris, 11. März. Unbemerkt durch unsere Straßengänge auf die Stadt Paris in der Nacht zum 3. Januar und durch viele anderen Vorwärtungen suchten die Gegner während der vergangenen Wochen wiederum feindliche Bomben die Städte weit hinter der Grenze mit deutschen Heim. Die angebrachte Strafe ist vorgelesen nach abwärts verflucht worden. Die Stadt Paris war wiederum das Ziel unseres Bergeltungsangriffes. Dem verdrückten veränderten Verhalten unserer Gegner entspricht wurde der Angriff mit noch größerer Stärke und Wucht getroffen als der erste mit Paris mit insgesamt 23700 Kilogramm Bomben besetzt.

Die Anklagerung der verschleppten Galten

Die Wirkung des deutschen Protestes
Berlin, 11. März. Die deutsche Regierung hatte am 8. März durch Paulbrunn an die russische Regierung darauf anzuweisen, daß 500 Galten aus Dorpat und Reval und 130 Galten aus anderen finnischen Städten verschleppt worden seien, um nach Estland abtransportiert zu werden. Der Transport sei in Richtung mit Verhaftungen des Mannheimer Protestes erfolgt. Die deutsche Regierung lege gegen diese Verletzung, die mit Artikel VI Absatz II des Friedensvertrages in Widerspruch stand, Beschwerde ein und verlangte die sofortige Rückbeförderung der Verschleppten. Der Minister des Auswärtigen für auswärtige Angelegenheiten in Petersburg erwiderte hierauf im Namen der russischen Regierung, es sei bereits Verfügung getroffen worden, daß die Verschleppten nach der Heimat zurückgeführt würden. Ihre Verhaftung werde nur durch Transportverweigerung in Estland, die durch die Demobilisierung der russischen Armee entstanden seien.

Die die Noten Gardisten in Finnland wüten

Stockholm, 11. März. Die Finntaten der roten Verbände in Süd-Finnland wehren sich. Nach einem Telegramm an „Stockholms Tidningen“ in der Nacht zum Sonntag wurden in Wäsa an offene Straße wieder einige Karth besungen. Zu Gefährdung erschaffen die roten Gardisten an gleicher Zeit drei Brüder; in St. Michael wurden von Juge heraus sechs Leichen an den Eisenbahnwagen geworfen. Die roten Gardisten geben jetzt methodischer als bisher, in dem sie sich vor allem gegen die gebildeten wenden. In erster Linie sind die Professoren und Schriftsteller ihrer Verfolgung ausgesetzt.

Schwere Kämpfe zwischen Finnen und Russen

Stockholm, 11. März. Aus Wäsa berichtet das finnische „Stockholms Tidningen“ vom 9. März: Auf der Eisenbahnlinie heftige Kämpfe bei Sando, Malinen, Pirttijärvi und Bammarva, gegen welche Kräfte der Feind bedeutende Mittel und Wärfenbrücken zusammenschickte. Umher nach Ziele auf der Eisenbahnfront vorgerückt. Inzwischen wurden die Abteilungen wieder etwas gegen Sando zurückgeführt, nachdem sie von ungenügend besetzten von Sando kommenden Kräften angegriffen worden waren. In Karelen dauern die blutigen Kämpfe bei Ihwa ununterbrochen Tag und Nacht an. Angehörige der letzten Besatzung der Russen sind neue Kräfte ins Feuer. Bei Raute und Salfari wurden heftige Angriffe zurückgeschlagen. Feindliche Flieger warfen Bomben ab.

Engländer und Japaner vor Wladivostok

Bern, 10. März. Nach weiterer Wärfenbrücken wurden englische und japanische Kriegsschiffe zur Ueberwindung nach Wladivostok geschickt. Die japanischen Japaneer werden nach Japan zurückgeführt.

Ungarischer Schritt der ausländischen Kontakte

Stockholm, 11. März. Nach einer Wärfenbrücke aus Petersburg haben die ausländischen Kontakte in Wladivostok an das Kommando gegen eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen, welche ernstlich die Interessen der Länder, die sie im äußersten Osten vertreten, bedrohen, eine amtliche kategorische Protestföndgebung gerichtet. Die Kontakte verlangen, daß diese Maßnahmen sofort zurückgenommen werden und behalten sich im Weiteren gefälle die Freisetzung ihres Kommandos vor. Sie lehnen jede Verantwortung für die Verwundungen ab, welche diese Weigerung nach sich ziehen könnten.

Kein Oskar von Preußen — nicht kaiserlicher Thronspräsident!

Berlin, 11. März. Die Gerüchte, daß König Oskar von Preußen als Herrscher von Finnland ausgerufen ist, entsprechen jeder Begründung.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 11. März, abends. (Amtlich.)
Von den Kriegsgefahren nichts neues.

Der österreichische Generalkabsbericht

Wien, 11. März. Amtlich wird verlautbart: An der Eisenbahn Schmercia-Odessa wurden abnormale feindliche Banden vertrieben. An der italienischen Front letzte Heftigkeitsartillerieangriffe auf.
Der Chef des Generalstabes.

Ein neuer 15 Milliarden-Kredit

Berlin, 11. März. Dem Reichstag ist, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, der Entwurf eines Gesetzes vorgelegen, in dem ein neuer Kredit von 15 Milliarden Mark verlangt wird.

Polnische Reorganisation

Warschau, 11. März. Die „Gazeta Polska“ vom 10. März schreibt in einem Leitartikel: Für uns ist der Arbeiter Friede das Ende der Träume von einem mächtigen Polen. Wir haben dem blutigen Trauerpiel fast vier Jahre von ferne angesehen und uns eingelebt, daß das Judentum ein geschicktes politisches Ziel sei. In Wirklichkeit war es eine schlechte Nachahmung von Politik, ein Spiel, das uns selbst nur gequält hat. Wir haben Gut und Zeit verloren. Wir müssen uns vor dem Verlust des Glaubens an uns selbst bewahren. Nur einen Ausweg gibt es in dieser schrecklichen Lage: Ein Bündnis mit den Bolschewikern auf Grund des realpolitischen do ut des. Eine Konvention mit dem einen, ein Bündnisvertrag mit dem andern, das ist jetzt die Aufgabe der polnischen Politik. Eine energische Rettungsfaktion für das Chimer Land ist notwendig. Nur der Regentchaftsrat kann sie führen. Von der Bildung, die der Regentchaftsrat der neuen Regierung geben wird, und von der Einigkeit des künftigen Kabinetts hängt Polens Los zum großen Teile ab.

Heftige Kämpfe in Palästina

Konstantinopel, 10. März. Angehörige, Palästina, heftige Kämpfe in Palästina, die teilweise zu heftigen Kämpfen führte. In der Gegend von El Kaf, bei Wina und Beis Galy kam es nur zu Vorbeischießen, in denen unsere Patrouillen heftigstestend den ersten Schüssen auswichen. Weiter südlich waren schon in der vorderen Nacht starke Erfindungsversuche im Handgranatenkampf abgewiesen worden, als am frühen Morgen hartes Artilleriefeuer auf einen großen Teil der Front einwirkte, dem bald darauf ein Angriff folgte. Den auf die Hauptstellungen auszuführenden vorgeschobenen Einheiten folgten, besetzte der Feind Karantam, Wera und Sivad. Mächtig über den Feind angriffe des Gegners über Wadi-Berabail ein. Sie wurden unter schweren Verlusten für den Feind vertrieben abgefliegen. Ein Gegenangriff richtete sich gegen die Höhe der Tell-Mara-Stellung. Schlimm verlor diese Stellung in mehreren Kämpfen in deren Verlauf. Schließlich blieb sie nach der heldenmütigen Abwehr unserer Truppen fest in unserer Hand. Am frühen Morgen unserer Abwehr wurden, den Feind in der Nacht zu Personalangelegenheiten gekommen, in denen ein Offizier, ein Unteroffizier und sechs Mann als Gefangene eingbracht wurden. Die hier am frühen Morgen einwirkenden feindlichen Angriffe wurden sämtlich vertrieben abgefliegen. Alle Stellungen sind in unserer Hand geblieben.
Im Somersat auf Gzerum wurden unsere Vorposten weithin südlich von Armenien angegriffen, die vertrieben und leicht abgewiesen wurden. Den Feind im Gebirge wurde eine empfindliche Niederlage beigebracht. Nachdem sie schon am 6. März bei Zwane geschlagen waren, wurden sie gestern unter schweren Verlusten weiter nach Süden getrieben in Richtung Sedat.

Friede an dem Balkan?

Berlin, 11. März. Der Reichs-Vertragsminister der „Dtsch. Tageszeitung“ meldet seinem Blatt: Ein in Berlin wohnender früherer Balkanlandsmann erklärte unserem Reichsminister, daß es trotz der Demission der Regierungen Serbiens und Montenegros wohl in Kürze zu einem allgemeinen Balkanfrieden kommen werde.

„Juch Wendi“ wieder flott

Berlin, 11. März. Der Dampfer „Juch Wendi“ ist heute früh flott gemacht worden.

Preussischer Landtag Abgeordnetenhause.

Sitzung vom 11. März 1918.

Am Ministertische: Breitenbach, Präsident Graf Scherwin-Edwig eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.
Die Beratung des Eisenbahnetats wurde mit der Bezeichnung der Arbeiter- und Beamtenfragen fortgesetzt.

Hg. Ballhaus (Sobstant der Kom.): Anerkennung der Bemühungen der Verwaltungen, den Eisenbahnen Erleichterungen, besonders hinsichtlich der Ermäßigung zu schaffen. Eine Reihe von mittleren und unteren Beamtenstellen und Kommanden hat berechtigte Wünsche nach Erhöhung der Besold. Größere Aufmerksamkeiten auf die Wohnungsfürsorge für die Eisenbahner zugeordnet werden.
Eisenbahnminister Dr. v. Breitenbach: Im Laufe der letzten Jahre hat ein engerer Zusammenhalt der Arbeiterkraft und der Beamten der Staatsbahnen hergestellt. Einig in heftigen Widerstreit mit dem alten Verhältnisse. Es kann nicht behauptet, daß dieser Vorgang zur Verbannung der Arbeiterkraft beitrug. Der Zusammenhalt vollzieht sich in einer Form, die ich als höchst unerwartet im Staatsinteresse bezeichnen kann. Auch die Beamtenkraft hat sich enger zusammen geschlossen. Allerdings hat der Bund der preussisch-berlinischen Staatsbahnen eine Eingabe an das Haus gerichtet. Die sehr weitgehenden Forderungen sind durch das, was im Eisenbahnen mit der Regierung in Aufhebung der Kriegsteilnahmezulage geblieben ist, erfüllt. Aber die Form gibt zu erheblichen Anstößen Anlaß. Das Rubrum betrifft: Gefahr für die Leistungsfähigkeit und Sicherheit der Eisenbahnen durch die Postlage der Eisenbahnbeamten und die Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen. Ich stelle mich der Eisenbahnverwaltung in Abrede, daß eine solche Gefahr besteht, und ich berufe mich darauf, daß die preussisch-berlinischen Staatsbahnen noch zu keiner Zeit eine solche Notwendigkeit und so umfassende Stellung aufzumeinen hatten und sie nicht hätten aufheben können, wenn Gefahr vorhanden wäre. Im Jahre 1916 hat die Verwaltung für ihr Personal 1314 Millionen aufgewendet; die Summe ist 1917 auf 1665 Millionen angewachsen, das sind 551 Millionen mehr in einem Jahre. Abzurechnen sind 100 Millionen für die Vermehrung der Kohlen; bleiben 461 Millionen. Wenn der Etat für 1918 weniger als der für 1917 verlangt, so erklärt sich dies daraus, daß viele Summen an der Zeit als der Staatsentwurf abgelehnt werden mußte, noch nicht zu überlegen war. Die Lohnforderungen der Arbeiter der Staatsbahnenverwaltung haben sich sehr wesentlich unter dem Gesichtspunkte der Verhältnisse der Kriegsinflation vollzogen; unsere Arbeiter haben diese Löhne an manchen Stellen nahezu vollständig erreicht, an manchen Stellen sogar überholt, so daß uns schon Beschwerden über zu hohe Löhne aus Industriezweigen zugekommen sind. (Beif. Beif. Beif.) Wir haben nichts geändert, Erhöhungen zu bewilligen wenn das Interesse der besseren Lebenshaltung der Arbeiter erforderlich ist. Wir werden auch ferner so verfahren und die Löhne sofort erhöhen, wenn wir überlegen sind, daß das Besondere nicht mehr genügt. Mit dieser Erklärung sollte ich aber nicht hohe Haus aufrufen haben. Es ist bisher noch nicht vorgekommen, daß hier ein Antrag auf bestimmte Gehaltsänderungen beraten wurde. Wir scheint es bedenklich, jetzt diesen Weg zu beschreiten. Das will mich keineswegs absehen an der beantragten Lohnhöhe äußern, aber ich möchte doch aus dem vorher angezeichneten Gründen wünschen, daß der Antrag hier abgelehnt wird. Die Organisation des Verwaltungsdienstes ist überholt und die Behälter der Werkführer sind bereit. Hier kann aber nur gebohren werden, wenn wir den neuen Dienst von Grund auf anders organisieren. Das soll notwendig, sehr, können wir es aber nicht im Krieg tun, sondern müssen vorläufig mit Ergänzungsmaßnahmen durchfahren.

Ministerratsmitglied Dr. v. Breitenbach: Im Laufe der letzten Jahre hat ein engerer Zusammenhalt der Arbeiterkraft und der Beamten der Staatsbahnen hergestellt. Einig in heftigen Widerstreit mit dem alten Verhältnisse. Es kann nicht behauptet, daß dieser Vorgang zur Verbannung der Arbeiterkraft beitrug. Der Zusammenhalt vollzieht sich in einer Form, die ich als höchst unerwartet im Staatsinteresse bezeichnen kann. Auch die Beamtenkraft hat sich enger zusammen geschlossen. Allerdings hat der Bund der preussisch-berlinischen Staatsbahnen eine Eingabe an das Haus gerichtet. Die sehr weitgehenden Forderungen sind durch das, was im Eisenbahnen mit der Regierung in Aufhebung der Kriegsteilnahmezulage geblieben ist, erfüllt. Aber die Form gibt zu erheblichen Anstößen Anlaß. Das Rubrum betrifft: Gefahr für die Leistungsfähigkeit und Sicherheit der Eisenbahnen durch die Postlage der Eisenbahnbeamten und die Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen. Ich stelle mich der Eisenbahnverwaltung in Abrede, daß eine solche Gefahr besteht, und ich berufe mich darauf, daß die preussisch-berlinischen Staatsbahnen noch zu keiner Zeit eine solche Notwendigkeit und so umfassende Stellung aufzumeinen hatten und sie nicht hätten aufheben können, wenn Gefahr vorhanden wäre. Im Jahre 1916 hat die Verwaltung für ihr Personal 1314 Millionen aufgewendet; die Summe ist 1917 auf 1665 Millionen angewachsen, das sind 551 Millionen mehr in einem Jahre. Abzurechnen sind 100 Millionen für die Vermehrung der Kohlen; bleiben 461 Millionen. Wenn der Etat für 1918 weniger als der für 1917 verlangt, so erklärt sich dies daraus, daß viele Summen an der Zeit als der Staatsentwurf abgelehnt werden mußte, noch nicht zu überlegen war. Die Lohnforderungen der Arbeiter der Staatsbahnenverwaltung haben sich sehr wesentlich unter dem Gesichtspunkte der Verhältnisse der Kriegsinflation vollzogen; unsere Arbeiter haben diese Löhne an manchen Stellen nahezu vollständig erreicht, an manchen Stellen sogar überholt, so daß uns schon Beschwerden über zu hohe Löhne aus Industriezweigen zugekommen sind. (Beif. Beif. Beif.) Wir haben nichts geändert, Erhöhungen zu bewilligen wenn das Interesse der besseren Lebenshaltung der Arbeiter erforderlich ist. Wir werden auch ferner so verfahren und die Löhne sofort erhöhen, wenn wir überlegen sind, daß das Besondere nicht mehr genügt. Mit dieser Erklärung sollte ich aber nicht hohe Haus aufrufen haben. Es ist bisher noch nicht vorgekommen, daß hier ein Antrag auf bestimmte Gehaltsänderungen beraten wurde. Wir scheint es bedenklich, jetzt diesen Weg zu beschreiten. Das will mich keineswegs absehen an der beantragten Lohnhöhe äußern, aber ich möchte doch aus dem vorher angezeichneten Gründen wünschen, daß der Antrag hier abgelehnt wird. Die Organisation des Verwaltungsdienstes ist überholt und die Behälter der Werkführer sind bereit. Hier kann aber nur gebohren werden, wenn wir den neuen Dienst von Grund auf anders organisieren. Das soll notwendig, sehr, können wir es aber nicht im Krieg tun, sondern müssen vorläufig mit Ergänzungsmaßnahmen durchfahren.

Ministerratsmitglied Dr. v. Breitenbach: Im Laufe der letzten Jahre hat ein engerer Zusammenhalt der Arbeiterkraft und der Beamten der Staatsbahnen hergestellt. Einig in heftigen Widerstreit mit dem alten Verhältnisse. Es kann nicht behauptet, daß dieser Vorgang zur Verbannung der Arbeiterkraft beitrug. Der Zusammenhalt vollzieht sich in einer Form, die ich als höchst unerwartet im Staatsinteresse bezeichnen kann. Auch die Beamtenkraft hat sich enger zusammen geschlossen. Allerdings hat der Bund der preussisch-berlinischen Staatsbahnen eine Eingabe an das Haus gerichtet. Die sehr weitgehenden Forderungen sind durch das, was im Eisenbahnen mit der Regierung in Aufhebung der Kriegsteilnahmezulage geblieben ist, erfüllt. Aber die Form gibt zu erheblichen Anstößen Anlaß. Das Rubrum betrifft: Gefahr für die Leistungsfähigkeit und Sicherheit der Eisenbahnen durch die Postlage der Eisenbahnbeamten und die Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen. Ich stelle mich der Eisenbahnverwaltung in Abrede, daß eine solche Gefahr besteht, und ich berufe mich darauf, daß die preussisch-berlinischen Staatsbahnen noch zu keiner Zeit eine solche Notwendigkeit und so umfassende Stellung aufzumeinen hatten und sie nicht hätten aufheben können, wenn Gefahr vorhanden wäre. Im Jahre 1916 hat die Verwaltung für ihr Personal 1314 Millionen aufgewendet; die Summe ist 1917 auf 1665 Millionen angewachsen, das sind 551 Millionen mehr in einem Jahre. Abzurechnen sind 100 Millionen für die Vermehrung der Kohlen; bleiben 461 Millionen. Wenn der Etat für 1918 weniger als der für 1917 verlangt, so erklärt sich dies daraus, daß viele Summen an der Zeit als der Staatsentwurf abgelehnt werden mußte, noch nicht zu überlegen war. Die Lohnforderungen der Arbeiter der Staatsbahnenverwaltung haben sich sehr wesentlich unter dem Gesichtspunkte der Verhältnisse der Kriegsinflation vollzogen; unsere Arbeiter haben diese Löhne an manchen Stellen nahezu vollständig erreicht, an manchen Stellen sogar überholt, so daß uns schon Beschwerden über zu hohe Löhne aus Industriezweigen zugekommen sind. (Beif. Beif. Beif.) Wir haben nichts geändert, Erhöhungen zu bewilligen wenn das Interesse der besseren Lebenshaltung der Arbeiter erforderlich ist. Wir werden auch ferner so verfahren und die Löhne sofort erhöhen, wenn wir überlegen sind, daß das Besondere nicht mehr genügt. Mit dieser Erklärung sollte ich aber nicht hohe Haus aufrufen haben. Es ist bisher noch nicht vorgekommen, daß hier ein Antrag auf bestimmte Gehaltsänderungen beraten wurde. Wir scheint es bedenklich, jetzt diesen Weg zu beschreiten. Das will mich keineswegs absehen an der beantragten Lohnhöhe äußern, aber ich möchte doch aus dem vorher angezeichneten Gründen wünschen, daß der Antrag hier abgelehnt wird. Die Organisation des Verwaltungsdienstes ist überholt und die Behälter der Werkführer sind bereit. Hier kann aber nur gebohren werden, wenn wir den neuen Dienst von Grund auf anders organisieren. Das soll notwendig, sehr, können wir es aber nicht im Krieg tun, sondern müssen vorläufig mit Ergänzungsmaßnahmen durchfahren.

Ministerratsmitglied Dr. v. Breitenbach: Im Laufe der letzten Jahre hat ein engerer Zusammenhalt der Arbeiterkraft und der Beamten der Staatsbahnen hergestellt. Einig in heftigen Widerstreit mit dem alten Verhältnisse. Es kann nicht behauptet, daß dieser Vorgang zur Verbannung der Arbeiterkraft beitrug. Der Zusammenhalt vollzieht sich in einer Form, die ich als höchst unerwartet im Staatsinteresse bezeichnen kann. Auch die Beamtenkraft hat sich enger zusammen geschlossen. Allerdings hat der Bund der preussisch-berlinischen Staatsbahnen eine Eingabe an das Haus gerichtet. Die sehr weitgehenden Forderungen sind durch das, was im Eisenbahnen mit der Regierung in Aufhebung der Kriegsteilnahmezulage geblieben ist, erfüllt. Aber die Form gibt zu erheblichen Anstößen Anlaß. Das Rubrum betrifft: Gefahr für die Leistungsfähigkeit und Sicherheit der Eisenbahnen durch die Postlage der Eisenbahnbeamten und die Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen. Ich stelle mich der Eisenbahnverwaltung in Abrede, daß eine solche Gefahr besteht, und ich berufe mich darauf, daß die preussisch-berlinischen Staatsbahnen noch zu keiner Zeit eine solche Notwendigkeit und so umfassende Stellung aufzumeinen hatten und sie nicht hätten aufheben können, wenn Gefahr vorhanden wäre. Im Jahre 1916 hat die Verwaltung für ihr Personal 1314 Millionen aufgewendet; die Summe ist 1917 auf 1665 Millionen angewachsen, das sind 551 Millionen mehr in einem Jahre. Abzurechnen sind 100 Millionen für die Vermehrung der Kohlen; bleiben 461 Millionen. Wenn der Etat für 1918 weniger als der für 1917 verlangt, so erklärt sich dies daraus, daß viele Summen an der Zeit als der Staatsentwurf abgelehnt werden mußte, noch nicht zu überlegen war. Die Lohnforderungen der Arbeiter der Staatsbahnenverwaltung haben sich sehr wesentlich unter dem Gesichtspunkte der Verhältnisse der Kriegsinflation vollzogen; unsere Arbeiter haben diese Löhne an manchen Stellen nahezu vollständig erreicht, an manchen Stellen sogar überholt, so daß uns schon Beschwerden über zu hohe Löhne aus Industriezweigen zugekommen sind. (Beif. Beif. Beif.) Wir haben nichts geändert, Erhöhungen zu bewilligen wenn das Interesse der besseren Lebenshaltung der Arbeiter erforderlich ist. Wir werden auch ferner so verfahren und die Löhne sofort erhöhen, wenn wir überlegen sind, daß das Besondere nicht mehr genügt. Mit dieser Erklärung sollte ich aber nicht hohe Haus aufrufen haben. Es ist bisher noch nicht vorgekommen, daß hier ein Antrag auf bestimmte Gehaltsänderungen beraten wurde. Wir scheint es bedenklich, jetzt diesen Weg zu beschreiten. Das will mich keineswegs absehen an der beantragten Lohnhöhe äußern, aber ich möchte doch aus dem vorher angezeichneten Gründen wünschen, daß der Antrag hier abgelehnt wird. Die Organisation des Verwaltungsdienstes ist überholt und die Behälter der Werkführer sind bereit. Hier kann aber nur gebohren werden, wenn wir den neuen Dienst von Grund auf anders organisieren. Das soll notwendig, sehr, können wir es aber nicht im Krieg tun, sondern müssen vorläufig mit Ergänzungsmaßnahmen durchfahren.

Ministerratsmitglied Dr. v. Breitenbach: Im Laufe der letzten Jahre hat ein engerer Zusammenhalt der Arbeiterkraft und der Beamten der Staatsbahnen hergestellt. Einig in heftigen Widerstreit mit dem alten Verhältnisse. Es kann nicht behauptet, daß dieser Vorgang zur Verbannung der Arbeiterkraft beitrug. Der Zusammenhalt vollzieht sich in einer Form, die ich als höchst unerwartet im Staatsinteresse bezeichnen kann. Auch die Beamtenkraft hat sich enger zusammen geschlossen. Allerdings hat der Bund der preussisch-berlinischen Staatsbahnen eine Eingabe an das Haus gerichtet. Die sehr weitgehenden Forderungen sind durch das, was im Eisenbahnen mit der Regierung in Aufhebung der Kriegsteilnahmezulage geblieben ist, erfüllt. Aber die Form gibt zu erheblichen Anstößen Anlaß. Das Rubrum betrifft: Gefahr für die Leistungsfähigkeit und Sicherheit der Eisenbahnen durch die Postlage der Eisenbahnbeamten und die Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen. Ich stelle mich der Eisenbahnverwaltung in Abrede, daß eine solche Gefahr besteht, und ich berufe mich darauf, daß die preussisch-berlinischen Staatsbahnen noch zu keiner Zeit eine solche Notwendigkeit und so umfassende Stellung aufzumeinen hatten und sie nicht hätten aufheben können, wenn Gefahr vorhanden wäre. Im Jahre 1916 hat die Verwaltung für ihr Personal 1314 Millionen aufgewendet; die Summe ist 1917 auf 1665 Millionen angewachsen, das sind 551 Millionen mehr in einem Jahre. Abzurechnen sind 100 Millionen für die Vermehrung der Kohlen; bleiben 461 Millionen. Wenn der Etat für 1918 weniger als der für 1917 verlangt, so erklärt sich dies daraus, daß viele Summen an der Zeit als der Staatsentwurf abgelehnt werden mußte, noch nicht zu überlegen war. Die Lohnforderungen der Arbeiter der Staatsbahnenverwaltung haben sich sehr wesentlich unter dem Gesichtspunkte der Verhältnisse der Kriegsinflation vollzogen; unsere Arbeiter haben diese Löhne an manchen Stellen nahezu vollständig erreicht, an manchen Stellen sogar überholt, so daß uns schon Beschwerden über zu hohe Löhne aus Industriezweigen zugekommen sind. (Beif. Beif. Beif.) Wir haben nichts geändert, Erhöhungen zu bewilligen wenn das Interesse der besseren Lebenshaltung der Arbeiter erforderlich ist. Wir werden auch ferner so verfahren und die Löhne sofort erhöhen, wenn wir überlegen sind, daß das Besondere nicht mehr genügt. Mit dieser Erklärung sollte ich aber nicht hohe Haus aufrufen haben. Es ist bisher noch nicht vorgekommen, daß hier ein Antrag auf bestimmte Gehaltsänderungen beraten wurde. Wir scheint es bedenklich, jetzt diesen Weg zu beschreiten. Das will mich keineswegs absehen an der beantragten Lohnhöhe äußern, aber ich möchte doch aus dem vorher angezeichneten Gründen wünschen, daß der Antrag hier abgelehnt wird. Die Organisation des Verwaltungsdienstes ist überholt und die Behälter der Werkführer sind bereit. Hier kann aber nur gebohren werden, wenn wir den neuen Dienst von Grund auf anders organisieren. Das soll notwendig, sehr, können wir es aber nicht im Krieg tun, sondern müssen vorläufig mit Ergänzungsmaßnahmen durchfahren.

Ministerratsmitglied Dr. v. Breitenbach: Im Laufe der letzten Jahre hat ein engerer Zusammenhalt der Arbeiterkraft und der Beamten der Staatsbahnen hergestellt. Einig in heftigen Widerstreit mit dem alten Verhältnisse. Es kann nicht behauptet, daß dieser Vorgang zur Verbannung der Arbeiterkraft beitrug. Der Zusammenhalt vollzieht sich in einer Form, die ich als höchst unerwartet im Staatsinteresse bezeichnen kann. Auch die Beamtenkraft hat sich enger zusammen geschlossen. Allerdings hat der Bund der preussisch-berlinischen Staatsbahnen eine Eingabe an das Haus gerichtet. Die sehr weitgehenden Forderungen sind durch das, was im Eisenbahnen mit der Regierung in Aufhebung der Kriegsteilnahmezulage geblieben ist, erfüllt. Aber die Form gibt zu erheblichen Anstößen Anlaß. Das Rubrum betrifft: Gefahr für die Leistungsfähigkeit und Sicherheit der Eisenbahnen durch die Postlage der Eisenbahnbeamten und die Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen. Ich stelle mich der Eisenbahnverwaltung in Abrede, daß eine solche Gefahr besteht, und ich berufe mich darauf, daß die preussisch-berlinischen Staatsbahnen noch zu keiner Zeit eine solche Notwendigkeit und so umfassende Stellung aufzumeinen hatten und sie nicht hätten aufheben können, wenn Gefahr vorhanden wäre. Im Jahre 1916 hat die Verwaltung für ihr Personal 1314 Millionen aufgewendet; die Summe ist 1917 auf 1665 Millionen angewachsen, das sind 551 Millionen mehr in einem Jahre. Abzurechnen sind 100 Millionen für die Vermehrung der Kohlen; bleiben 461 Millionen. Wenn der Etat für 1918 weniger als der für 1917 verlangt, so erklärt sich dies daraus, daß viele Summen an der Zeit als der Staatsentwurf abgelehnt werden mußte, noch nicht zu überlegen war. Die Lohnforderungen der Arbeiter der Staatsbahnenverwaltung haben sich sehr wesentlich unter dem Gesichtspunkte der Verhältnisse der Kriegsinflation vollzogen; unsere Arbeiter haben diese Löhne an manchen Stellen nahezu vollständig erreicht, an manchen Stellen sogar überholt, so daß uns schon Beschwerden über zu hohe Löhne aus Industriezweigen zugekommen sind. (Beif. Beif. Beif.) Wir haben nichts geändert, Erhöhungen zu bewilligen wenn das Interesse der besseren Lebenshaltung der Arbeiter erforderlich ist. Wir werden auch ferner so verfahren und die Löhne sofort erhöhen, wenn wir überlegen sind, daß das Besondere nicht mehr genügt. Mit dieser Erklärung sollte ich aber nicht hohe Haus aufrufen haben. Es ist bisher noch nicht vorgekommen, daß hier ein Antrag auf bestimmte Gehaltsänderungen beraten wurde. Wir scheint es bedenklich, jetzt diesen Weg zu beschreiten. Das will mich keineswegs absehen an der beantragten Lohnhöhe äußern, aber ich möchte doch aus dem vorher angezeichneten Gründen wünschen, daß der Antrag hier abgelehnt wird. Die Organisation des Verwaltungsdienstes ist überholt und die Behälter der Werkführer sind bereit. Hier kann aber nur gebohren werden, wenn wir den neuen Dienst von Grund auf anders organisieren. Das soll notwendig, sehr, können wir es aber nicht im Krieg tun, sondern müssen vorläufig mit Ergänzungsmaßnahmen durchfahren.

Ministerratsmitglied Dr. v. Breitenbach: Im Laufe der letzten Jahre hat ein engerer Zusammenhalt der Arbeiterkraft und der Beamten der Staatsbahnen hergestellt. Einig in heftigen Widerstreit mit dem alten Verhältnisse. Es kann nicht behauptet, daß dieser Vorgang zur Verbannung der Arbeiterkraft beitrug. Der Zusammenhalt vollzieht sich in einer Form, die ich als höchst unerwartet im Staatsinteresse bezeichnen kann. Auch die Beamtenkraft hat sich enger zusammen geschlossen. Allerdings hat der Bund der preussisch-berlinischen Staatsbahnen eine Eingabe an das Haus gerichtet. Die sehr weitgehenden Forderungen sind durch das, was im Eisenbahnen mit der Regierung in Aufhebung der Kriegsteilnahmezulage geblieben ist, erfüllt. Aber die Form gibt zu erheblichen Anstößen Anlaß. Das Rubrum betrifft: Gefahr für die Leistungsfähigkeit und Sicherheit der Eisenbahnen durch die Postlage der Eisenbahnbeamten und die Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen. Ich stelle mich der Eisenbahnverwaltung in Abrede, daß eine solche Gefahr besteht, und ich berufe mich darauf, daß die preussisch-berlinischen Staatsbahnen noch zu keiner Zeit eine solche Notwendigkeit und so umfassende Stellung aufzumeinen hatten und sie nicht hätten aufheben können, wenn Gefahr vorhanden wäre. Im Jahre 1916 hat die Verwaltung für ihr Personal 1314 Millionen aufgewendet; die Summe ist 1917 auf 1665 Millionen angewachsen, das sind 551 Millionen mehr in einem Jahre. Abzurechnen sind 100 Millionen für die Vermehrung der Kohlen; bleiben 461 Millionen. Wenn der Etat für 1918 weniger als der für 1917 verlangt, so erklärt sich dies daraus, daß viele Summen an der Zeit als der Staatsentwurf abgelehnt werden mußte, noch nicht zu überlegen war. Die Lohnforderungen der Arbeiter der Staatsbahnenverwaltung haben sich sehr wesentlich unter dem Gesichtspunkte der Verhältnisse der Kriegsinflation vollzogen; unsere Arbeiter haben diese Löhne an manchen Stellen nahezu vollständig erreicht, an manchen Stellen sogar überholt, so daß uns schon Beschwerden über zu hohe Löhne aus Industriezweigen zugekommen sind. (Beif. Beif. Beif.) Wir haben nichts geändert, Erhöhungen zu bewilligen wenn das Interesse der besseren Lebenshaltung der Arbeiter erforderlich ist. Wir werden auch ferner so verfahren und die Löhne sofort erhöhen, wenn wir überlegen sind, daß das Besondere nicht mehr genügt. Mit dieser Erklärung sollte ich aber nicht hohe Haus aufrufen haben. Es ist bisher noch nicht vorgekommen, daß hier ein Antrag auf bestimmte Gehaltsänderungen beraten wurde. Wir scheint es bedenklich, jetzt diesen Weg zu beschreiten. Das will mich keineswegs absehen an der beantragten Lohnhöhe äußern, aber ich möchte doch aus dem vorher angezeichneten Gründen wünschen, daß der Antrag hier abgelehnt wird. Die Organisation des Verwaltungsdienstes ist überholt und die Behälter der Werkführer sind bereit. Hier kann aber nur gebohren werden, wenn wir den neuen Dienst von Grund auf anders organisieren. Das soll notwendig, sehr, können wir es aber nicht im Krieg tun, sondern müssen vorläufig mit Ergänzungsmaßnahmen durchfahren.

Ministerratsmitglied Dr. v. Breitenbach: Im Laufe der letzten Jahre hat ein engerer Zusammenhalt der Arbeiterkraft und der Beamten der Staatsbahnen hergestellt. Einig in heftigen Widerstreit mit dem alten Verhältnisse. Es kann nicht behauptet, daß dieser Vorgang zur Verbannung der Arbeiterkraft beitrug. Der Zusammenhalt vollzieht sich in einer Form, die ich als höchst unerwartet im Staatsinteresse bezeichnen kann. Auch die Beamtenkraft hat sich enger zusammen geschlossen. Allerdings hat der Bund der preussisch-berlinischen Staatsbahnen eine Eingabe an das Haus gerichtet. Die sehr weitgehenden Forderungen sind durch das, was im Eisenbahnen mit der Regierung in Aufhebung der Kriegsteilnahmezulage geblieben ist, erfüllt. Aber die Form gibt zu erheblichen Anstößen Anlaß. Das Rubrum betrifft: Gefahr für die Leistungsfähigkeit und Sicherheit der Eisenbahnen durch die Postlage der Eisenbahnbeamten und die Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen. Ich stelle mich der Eisenbahnverwaltung in Abrede, daß eine solche Gefahr besteht, und ich berufe mich darauf, daß die preussisch-berlinischen Staatsbahnen noch zu keiner Zeit eine solche Notwendigkeit und so umfassende Stellung aufzumeinen hatten und sie nicht hätten aufheben können, wenn Gefahr vorhanden wäre. Im Jahre 1916 hat die Verwaltung für ihr Personal 1314 Millionen aufgewendet; die Summe ist 1917 auf 1665 Millionen angewachsen, das sind 551 Millionen mehr in einem Jahre. Abzurechnen sind 100 Millionen für die Vermehrung der Kohlen; bleiben 461 Millionen. Wenn der Etat für 1918 weniger als der für 1917 verlangt, so erklärt sich dies daraus, daß viele Summen an der Zeit als der Staatsentwurf abgelehnt werden mußte, noch nicht zu überlegen war. Die Lohnforderungen der Arbeiter der Staatsbahnenverwaltung haben sich sehr wesentlich unter dem Gesichtspunkte der Verhältnisse der Kriegsinflation vollzogen; unsere Arbeiter haben diese Löhne an manchen Stellen nahezu vollständig erreicht, an manchen Stellen sogar überholt, so daß uns schon Beschwerden über zu hohe Löhne aus Industriezweigen zugekommen sind. (Beif. Beif. Beif.) Wir haben nichts geändert, Erhöhungen zu bewilligen wenn das Interesse der besseren Lebenshaltung der Arbeiter erforderlich ist. Wir werden auch ferner so verfahren und die Löhne sofort erhöhen, wenn wir überlegen sind, daß das Besondere nicht mehr genügt. Mit dieser Erklärung sollte ich aber nicht hohe Haus aufrufen haben. Es ist bisher noch nicht vorgekommen, daß hier ein Antrag auf bestimmte Gehaltsänderungen beraten wurde. Wir scheint es bedenklich, jetzt diesen Weg zu beschreiten. Das will mich keineswegs absehen an der beantragten Lohnhöhe äußern, aber ich möchte doch aus dem vorher angezeichneten Gründen wünschen, daß der Antrag hier abgelehnt wird. Die Organisation des Verwaltungsdienstes ist überholt und die Behälter der Werkführer sind bereit. Hier kann aber nur gebohren werden, wenn wir den neuen Dienst von Grund auf anders organisieren. Das soll notwendig, sehr, können wir es aber nicht im Krieg tun, sondern müssen vorläufig mit Ergänzungsmaßnahmen durchfahren.

Ministerratsmitglied Dr. v. Breitenbach: Im Laufe der letzten Jahre hat ein engerer Zusammenhalt der Arbeiterkraft und der Beamten der Staatsbahnen hergestellt. Einig in heftigen Widerstreit mit dem alten Verhältnisse. Es kann nicht behauptet, daß dieser Vorgang zur Verbannung der Arbeiterkraft beitrug. Der Zusammenhalt vollzieht sich in einer Form, die ich als höchst unerwartet im Staatsinteresse bezeichnen kann. Auch die Beamtenkraft hat sich enger zusammen geschlossen. Allerdings hat der Bund der preussisch-berlinischen Staatsbahnen eine Eingabe an das Haus gerichtet. Die sehr weitgehenden Forderungen sind durch das, was im Eisenbahnen mit der Regierung in Aufhebung der Kriegsteilnahmezulage geblieben ist, erfüllt. Aber die Form gibt zu erheblichen Anstößen Anlaß. Das Rubrum betrifft: Gefahr für die Leistungsfähigkeit und Sicherheit der Eisenbahnen durch die Postlage der Eisenbahnbeamten und die Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen. Ich stelle mich der Eisenbahnverwaltung in Abrede, daß eine solche Gefahr besteht, und ich berufe mich darauf, daß die preussisch-berlinischen Staatsbahnen noch zu keiner Zeit eine solche Notwendigkeit und so umfassende Stellung aufzumeinen hatten und sie nicht hätten aufheben können, wenn Gefahr vorhanden wäre. Im Jahre 1916 hat die Verwaltung für ihr Personal 1314 Millionen aufgewendet; die Summe ist 1917 auf 1665 Millionen angewachsen, das sind 551 Millionen mehr in einem Jahre. Abzurechnen sind 100 Millionen für die Vermehrung der Kohlen; bleiben 461 Millionen. Wenn der Etat für 1918 weniger als der für 1917 verlangt, so erklärt sich dies daraus, daß viele Summen an der Zeit als der Staatsentwurf abgelehnt werden mußte, noch nicht zu überlegen war. Die Lohnforderungen der Arbeiter der Staatsbahnenverwaltung haben sich sehr wesentlich unter dem Gesichtspunkte der Verhältnisse der Kriegsinflation vollzogen; unsere Arbeiter haben diese Löhne an manchen Stellen nahezu vollständig erreicht, an manchen Stellen sogar überholt, so daß uns schon Beschwerden über zu hohe Löhne aus Industriezweigen zugekommen sind. (Beif. Beif. Beif.) Wir haben nichts geändert, Erhöhungen zu bewilligen wenn das Interesse der besseren Lebenshaltung der Arbeiter erforderlich ist. Wir werden auch ferner so verfahren und die Löhne sofort erhöhen, wenn wir überlegen sind, daß das Besondere nicht mehr genügt. Mit dieser Erklärung sollte ich aber nicht hohe Haus aufrufen haben. Es ist bisher noch nicht vorgekommen, daß hier ein Antrag auf bestimmte Gehaltsänderungen beraten wurde. Wir scheint es bedenklich, jetzt diesen Weg zu beschreiten. Das will mich keineswegs absehen an der beantragten Lohnhöhe äußern, aber ich möchte doch aus dem vorher angezeichneten Gründen wünschen, daß der Antrag hier abgelehnt wird. Die Organisation des Verwaltungsdienstes ist überholt und die Behälter der Werkführer sind bereit. Hier kann aber nur gebohren werden, wenn wir den neuen Dienst von Grund auf anders organisieren. Das soll notwendig, sehr, können wir es aber nicht im Krieg tun, sondern müssen vorläufig mit Ergänzungsmaßnahmen durchfahren.

Ministerratsmitglied Dr. v. Breitenbach: Im Laufe der letzten Jahre hat ein engerer Zusammenhalt der Arbeiterkraft und der Beamten der Staatsbahnen hergestellt. Einig in heftigen Widerstreit mit dem alten Verhältnisse. Es kann nicht behauptet, daß dieser Vorgang zur Verbannung der Arbeiterkraft beitrug. Der Zusammenhalt vollzieht sich in einer Form, die ich als höchst unerwartet im Staatsinteresse bezeichnen kann. Auch die Beamtenkraft hat sich enger zusammen geschlossen. Allerdings hat der Bund der preussisch-berlinischen Staatsbahnen eine Eingabe an das Haus gerichtet. Die sehr weitgehenden Forderungen sind durch das, was im Eisenbahnen mit der Regierung in Aufhebung der Kriegsteilnahmezulage geblieben ist, erfüllt. Aber die Form gibt zu erheblichen Anstößen Anlaß. Das Rubrum betrifft: Gefahr für die Leistungsfähigkeit und Sicherheit der Eisenbahnen durch die Postlage der Eisenbahnbeamten und die Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen. Ich stelle mich der Eisenbahnverwaltung in Abrede, daß eine solche Gefahr besteht, und ich berufe mich darauf, daß die preussisch-berlinischen Staatsbahnen noch zu keiner Zeit eine solche Notwendigkeit und so umfassende Stellung aufzumeinen hatten und sie nicht hätten aufheben können, wenn Gefahr vorhanden wäre. Im Jahre 1916 hat die Verwaltung für ihr Personal 1314 Millionen aufgewendet; die Summe ist 1917 auf 1665 Millionen angewachsen, das sind 551 Millionen mehr in einem Jahre. Abzurechnen sind 100 Millionen für die Vermehrung der Kohlen; bleiben 461 Millionen. Wenn der Etat für 1918 weniger als der für 1917 verlangt, so erklärt sich dies daraus, daß viele Summen an der Zeit als der Staatsentwurf abgelehnt werden mußte, noch nicht zu überlegen war. Die Lohnforderungen der Arbeiter der Staatsbahnenverwaltung haben sich sehr wesentlich unter dem Gesichtspunkte der Verhältnisse der Kriegsinflation vollzogen; unsere Arbeiter haben diese Löhne an manchen Stellen nahezu vollständig erreicht, an manchen Stellen sogar überholt, so daß uns schon Beschwerden über zu hohe Löhne aus Industriezweigen zugekommen sind. (Beif. Beif. Beif.) Wir haben nichts geändert, Erhöhungen zu bewilligen wenn das Interesse der besseren Lebenshaltung der Arbeiter erforderlich ist. Wir werden auch ferner so verfahren und die Löhne sofort erhöhen, wenn wir überlegen sind, daß das Besondere nicht mehr genügt. Mit dieser Erklärung sollte ich aber nicht hohe Haus aufrufen haben. Es ist bisher noch nicht vorgekommen, daß hier ein Antrag auf bestimmte Gehaltsänderungen beraten wurde. Wir scheint es bedenklich, jetzt diesen Weg zu beschreiten. Das will mich keineswegs absehen an der beantragten Lohnhöhe äußern, aber ich möchte doch aus dem vorher angezeichneten Gründen wünschen, daß der Antrag hier abgelehnt wird. Die Organisation des Verwaltungsdienstes ist überholt und die Behälter der Werkführer sind bereit. Hier kann aber nur gebohren werden, wenn wir den neuen Dienst von Grund auf anders organisieren. Das soll notwendig, sehr, können wir es aber nicht im Krieg tun, sondern müssen vorläufig mit Ergänzungsmaßnahmen durchfahren.

Ministerratsmitglied Dr. v. Breitenbach: Im Laufe der letzten Jahre hat ein engerer Zusammenhalt der Arbeiterkraft und der Beamten der Staatsbahnen hergestellt. Einig in heftigen Widerstreit mit dem alten Verhältnisse. Es kann nicht behauptet, daß dieser Vorgang zur Verbannung der Arbeiterkraft beitrug. Der Zusammenhalt vollzieht sich in einer Form, die ich als höchst unerwartet im Staatsinteresse bezeichnen kann. Auch die Beamtenkraft hat sich enger zusammen geschlossen. Allerdings hat der Bund der preussisch-berlinischen Staatsbahnen eine Eingabe an das Haus gerichtet. Die sehr weitgehenden Forderungen sind durch das, was im Eisenbahnen mit der Regierung in Aufhebung der Kriegsteilnahmezulage geblieben ist, erfüllt. Aber die Form gibt zu erheblichen Anstößen Anlaß. Das Rubrum betrifft: Gefahr für die Leistungsfähigkeit und Sicherheit der Eisenbahnen durch die Postlage der Eisenbahnbeamten und die Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen. Ich stelle mich der Eisenbahnverwaltung in Abrede, daß eine solche Gefahr besteht, und ich berufe mich darauf, daß die preussisch-berlinischen Staatsbahnen noch zu keiner Zeit eine solche Notwendigkeit und so umfassende Stellung aufzumeinen hatten und sie nicht hätten aufheben können, wenn Gefahr vorhanden wäre. Im Jahre 1916 hat die Verwaltung für ihr Personal 1314 Millionen aufgewendet; die Summe ist 1917 auf 1665 Millionen angewachsen, das sind 551 Millionen mehr in einem Jahre. Abzurechnen sind 100 Millionen für die Vermehrung der Kohlen; bleiben 461 Millionen. Wenn der Etat für 1918 weniger als der für 1917 verlangt, so erklärt sich dies daraus, daß viele Summen an der Zeit als der Staatsentwurf abgelehnt werden mußte, noch nicht zu überlegen war. Die Lohnforderungen der Arbeiter der Staatsbahnenverwaltung haben sich sehr wesentlich unter dem Gesichtspunkte der Verhältnisse der Kriegsinflation vollzogen; unsere Arbeiter haben diese Löhne an manchen Stellen nahezu vollständig erreicht, an manchen Stellen sogar überholt, so daß uns schon Beschwerden über zu hohe Löhne aus Industriezweigen zugekommen sind. (Beif. Beif. Beif.) Wir haben nichts geändert, Erhöhungen zu bewilligen wenn das Interesse der besseren Lebenshaltung der Arbeiter erforderlich ist. Wir werden auch ferner so verfahren und die Löhne sofort erhöhen, wenn wir überlegen sind, daß das Besondere nicht mehr genügt. Mit dieser Erklärung sollte ich aber nicht hohe Haus aufrufen haben. Es ist bisher noch nicht vorgekommen, daß hier ein Antrag auf bestimmte Gehaltsänderungen beraten wurde. Wir scheint es bedenklich, jetzt diesen Weg zu beschreiten. Das will mich keineswegs absehen an der beantragten Lohnhöhe äußern, aber ich möchte doch aus dem vorher angezeichneten Gründen wünschen, daß der Antrag hier abgelehnt wird. Die Organisation des Verwaltungsdienstes ist überholt und die Behälter der Werkführer sind bereit. Hier kann aber nur gebohren werden, wenn wir den neuen Dienst von Grund auf anders organisieren. Das soll notwendig, sehr, können wir es aber nicht im Krieg tun, sondern müssen vorläufig mit Ergänzungsmaßnahmen durchfahren.

Ministerratsmitglied Dr. v. Breitenbach: Im Laufe der letzten Jahre hat ein engerer Zusammenhalt der Arbeiterkraft und der Beamten der Staatsbahnen hergestellt. Einig in heftigen Widerstreit mit dem alten Verhältnisse. Es kann nicht behauptet, daß dieser Vorgang zur Verbannung der Arbeiterkraft beitrug. Der Zusammenhalt vollzieht sich in einer Form, die ich als höchst unerwartet im Staatsinteresse bezeichnen kann. Auch die Beamtenkraft hat sich enger zusammen geschlossen. Allerdings hat der Bund der preussisch-berlinischen Staatsbahnen

